

Thesepapier zum 2. Expertenforum „Innere Einheit“

Bestandsaufnahme

1. Die Bilanz nach 19 Jahren Deutsche Wiedervereinigung kann sich für Ostdeutschland sehen lassen: Massive Fortschritte im Umweltschutz (70-80% der Gewässer waren zu DDR-Zeit gekippt, die Luftverschmutzung war horrend), ein verbessertes Gesundheitssystem (die vormals niedrigere Lebenserwartung der ostdeutschen Bevölkerung hat sich zügig an das Westniveau angeglichen), die deutlich gesunkene Selbstmordrate in Ostdeutschland sowie Ost-Gehälter, die 1990 noch bei 20 % des westliche Niveaus lagen und 1995 bereits 80 % der Westgehälter betragen („Wohlstandexplosion“ in Ostdeutschland) sind Zeugnisse dieser raschen, positiven Entwicklung.
2. Dennoch: Die ostdeutschen Bürger fühlen sich mehrheitlich politisch heimatlos und nicht in das als westdeutsch empfundene Parteiensystem integriert. Zudem haben viele Ostdeutsche das Gefühl, ihr Wohlstand baut nicht auf eigener Leistung auf, sondern auf den Transferzahlungen aus Westdeutschland. Die Bundestagswahlen am 27. September 2009 und die hohen Ergebnisse der Partei „Die Linke“ zeigen, dass die PDS-Nachfolgepartei mit ihrem großen Erfolg vor allem in Ostdeutschland nicht mehr nur als reine Protestpartei wahrgenommen werden kann.
3. Nach wie vor sind gravierende Unterschiede in der politischen Kultur in Ost- und Westdeutschland zu verzeichnen. Alarmierend: Insbesondere das Vertrauen in die Demokratie als politisches System, das am besten Probleme lösen kann, liegt in Ostdeutschland bei nur 34 % Zustimmung (West: 64%). Möglicherweise wird anderen politischen Systemen eine höhere Problemlösungsfähigkeit attestiert.
4. Nach 20 Jahren ist die Westalgie, entgegen weitläufiger Annahmen, verbreiteter als die vielzitierte Ostalgie. 65 % der Westdeutschen sagen, es sei ihnen vor 1990 besser ergangen als nach der deutschen Wiedervereinigung. Nur 27 % der Ostdeutschen meinen dies hingegen.

Fazit: Die Stimmung nach 19 Jahren Deutsche Einheit ist sehr viel schlechter als die Bilanz. Die Freiheit als Grundwert einer demokratisch verfassten Gesellschaft genießt in Ostdeutschland einen weitaus geringeren Stellenwert als in Westdeutschland, die Demokratie wird in Ostdeutschland nicht mehrheitlich als beste Staatsform anerkannt.

Handlungsempfehlungen

1. Nach 19 Jahren Erfolgsgeschichte „deutsche Wiedervereinigung“ muss diese besser dargestellt werden. Die Steigerung des nationalen Selbstbewusstseins sowie eines angemessenen **Stolzes** auf die gemeinsame Leistung der Deutschen in den letzten 20 Jahren sollten das Ziel sein. Eine allgemeine Wertedebatte, die die Frage nach ost- oder westdeutscher Herkunft unberührt lässt, soll eine Besinnung auf die Gemeinsamkeiten ermöglichen und damit die Vollendung der inneren Einheit unterstützen. Die korrekte Prägung entsprechender Begriffe sollte hierbei im Vordergrund stehen. So ereignete sich z. B. 1989 eine Friedliche Revolution und nicht einfach nur eine „Wende“.
2. Für die Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur muss die demokratische Grunderziehung der Bürger gefördert werden. Anhand der Demokratie als Maßstab wird die kritische Auseinandersetzung mit der DDR unterstützt, da ein gesundes Demokratieverständnis automatisch zu einer distanzierten Haltung gegenüber dem DDR-Regime führt. Nicht die BRD oder Deutschland sind der Vergleichsmaßstab, sondern die westliche Demokratie als Staatsmodell. An diesem muss sich auch das heutige Deutschland messen: **Pro-Demokratie, nicht Anti-DDR lautet das Motto.**
3. Der **korrekte Vergleichsmaßstab** muss vermittelt werden. Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland muss an der Ausgangslage 1990 und an den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks gemessen werden und nicht an Westdeutschland, das nunmehr 60 Jahre Zeit hatte, sich in einer demokratischen Gesellschaft mit einer sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln.
4. Zur Vermittlung der oben genannten Punkte muss insbesondere die **Jugendarbeit gefördert** werden. Bildungsarbeit und Zeitzeugengespräche an Schulen und Jugendeinrichtungen stehen hierbei im Mittelpunkt. Das Forum und die Deutsche Gesellschaft e.V. als Organisator und Mediator sehen sich von dieser Herausforderung in besonderer Weise angesprochen und ihr verpflichtet. Die Desiderate bestätigen die bisherige politische Bildungsarbeit der Deutschen Gesellschaft e.V., die sich die Vermittlung der deutschen Einheit auf's Panier geschrieben hat.

5. Neben der gezielten Jugendarbeit sollte die **mediale Aufmerksamkeit** in dem Doppeljubiläumsjahr 2009/2010 dazu genutzt werden, die positive Bilanz nach 20 Jahren Friedliche Revolution darzustellen und auf diese Weise einen angemessenen Stolz auf die erbrachte Leistung zu fördern. Dies dient ebenfalls der Verbesserung der Stimmung, die sich an die positive Lage angleichen sollte.